



FLÜCHTLINGSGIPFEL DER BERLINER KOALITION

CSU SETZT HÄRTERE GANGART BEI ASYLVERFAHREN DURCH

Bayerns Ministerpräsident und CSU-Chef Horst

Seehofer hat beim gestrigen Koalitionsgipfel wesentliche Punkte der CSU in der Asylpolitik durchgesetzt. Es geht nicht nur um Humanität und Hilfe für Schutzbedürftige, sondern um **längst überfällige Maßnahmen zur Begrenzung des Zustroms**.

*"Wir können auf Dauer bei 28 Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union **nicht beinahe sämtliche Flüchtlinge aufnehmen**, die aus allen Ländern dieser Welt kommen. Das hält auf Dauer keine Gesellschaft aus. Wir helfen, aber wir brauchen auch Gerechtigkeit", so Horst Seehofer.*

Keine unkontrollierte Einreise von Flüchtlingen aus Ungarn:

Die CSU fordert seit langem die **konsequente Einhaltung der EU-Regeln** nach dem Dublin-Verfahren. Dem widerspricht es, wenn tausende Flüchtlinge unkontrolliert aus Ungarn über Österreich zum Münchner Hauptbahnhof kommen, wie am Wochenende geschehen. Diese **Situation darf sich nicht wiederholen**. Deshalb wurde im Koalitionsbeschluss schriftlich fixiert, dass es sich dabei um eine Ausnahme handelte und im Übrigen die europäischen Regeln gelten müssen.

CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer ist zufrieden mit den Koalitionsbeschlüssen: „Es ist ein wichtiger Zwischenschritt, um Menschlichkeit und Ordnung bei der Asylfrage sicherzustellen. Unsere Anliegen zur Begrenzung des Zustroms wurden aufgegriffen, es gibt künftig weniger Anreize für unbegründete Asylanträge in Deutschland. Jetzt kann es heißen: **Mehr Konzentration auf die wirklich Schutzbedürftigen und eine Überforderung Deutschlands verhindern.**“

Das hat der Gipfel beschlossen:

- **Bund stellt 6 Milliarden Euro für Flüchtlinge bereit:** Damit können Länder und Kommunen wirksam entlastet werden.
- **Kosovo, Albanien und Montenegro werden sichere Herkunftsstaaten:** Die CSU fordert seit langem, dass die Westbalkanländer als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden müssen, weil die Anerkennungsquoten von Flüchtlingen aus diesen Ländern gegen Null gehen.
- **Residenzpflicht wird wiedereingeführt:** Für Asylbewerber ohne Bleibeperspektive wird der Aufenthalt in der Erstaufnahmeeinrichtung bis zum Ende des Verfahrens verlängert. Für sie gilt ab sofort wieder die Residenzpflicht.
- **Vorrang für Sachleistung statt Bargeld:** Damit werden Anreize für Asylbewerber ohne Bleibeperspektive reduziert.
- **Sozialleistungen für Ausreisepflichtige werden reduziert:** Die Leistungskürzung ist ein wichtiger Schritt zur Beseitigung von Fehlansätzen und Bekämpfung von Asylmissbrauch.
- **3.000 zusätzliche Stellen für Bundespolizei:** Um Asylverfahren und Rückführungen zu beschleunigen, wird auch die Bundespolizei in den nächsten drei Jahren personell aufgestockt.

- **Bis zu 10.000 zusätzliche Stellen beim Bundesfreiwilligendienst:** Zur Unterstützung und Koordinierung des freiwilligen Engagements der Bürgerinnen und Bürger wird der Freiwilligendienst des Bundes verstärkt.
- **Einheitliche Asylpolitik in der EU:** Deutschland setzt sich für **einheitliche Standards** im EU-Asylrecht ein. Es bedarf einer solidarischen und **fairen Verteilung** der Flüchtlinge auf die einzelnen EU-Länder. In Mitgliedsstaaten an den Außengrenzen sollen Aufnahme- und Registrierungseinrichtungen, sog. **Hotspots** geschaffen werden, damit eine ordnungsgemäße Registrierung und Rückführung oder Weiterreise sichergestellt werden kann.
- **Jährlich 400 Millionen Euro zusätzlich zur Bekämpfung der Fluchtursachen:** Außen- und Entwicklungshilfepolitik kommt eine wesentliche Rolle zu. Wir werden die Zusammenarbeit mit den Hauptherkunftsländern und Haupttransitländern verstärken, um dort durch zielgerichtete Aktionen für Stabilisierung, Konfliktlösung und gute Lebensperspektiven zu sorgen.
- **Asylzentren in Nordafrika:** Nach dem Vorbild Niger sollen weitere Anlaufstellen und Einrichtungen in Nordafrika eingerichtet werden.
- **Bund will 150. 000 winterfeste Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen:** Wir brauchen menschenwürdige Unterbringungsmöglichkeiten in ausreichender Zahl, wenn die kalte Jahreszeit beginnt.
- **Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen:** Damit keine Konkurrenzsituation an den angespannten Wohnungsmärkten entsteht, sollen der soziale Wohnungsbau angekurbelt und steuerliche Anreize für Neubauten geprüft werden.

Service

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.csu.de

Impressum

CSU-Landesleitung
Franz Josef Strauß-Haus
Nymphenburger Straße 64
80335 München

Verantwortlicher
Dr. Hans Michael Strepp, Hauptgeschäftsführer

